

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. November 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Becker (Nienberge) (SPD)	35	Dr. Mecktersheimer (DIE GRÜNEN)	39, 40
Dr. Böhme (Unna) (SPD)	13, 14	Frau Dr. Niehuis (SPD)	17
Frau Bulmahn (SPD)	5, 6	Frau Odendahl (SPD)	11, 12
Catenhusen (SPD)	1	Pfeffermann (CDU/CSU)	9, 10
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	48, 56	Pfuhl (SPD)	36
Duve (SPD)	49, 50	Reimann (SPD)	54, 55
Dr. Emmerlich (SPD)	24, 25	von Schmude (CDU/CSU)	27, 28
Frau Faße (SPD)	7, 8	Schreiner (SPD)	33, 34
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	44, 45	Stiegler (SPD)	52, 53
Gansel (SPD)	2, 41	Frau Unruh (DIE GRÜNEN)	3, 4
Hinsken (CDU/CSU)	29, 30	Urbaniak (SPD)	31, 32
Dr. Hirsch (FDP)	22, 23	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	18, 19
Kastning (SPD)	15, 16	Dr. de With (SPD)	42, 43
Dr. Klejdzinski (SPD)	37, 38	Wüppesahl (fraktionslos)	26, 51
Kuhlwein (SPD)	20, 21	Zierer (CDU/CSU)	46, 47

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Gründe haben die Pressestelle des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) dazu bewogen, wiederholt (z. B. Pressemitteilung 113/88) davon zu sprechen, das in einer internationalen Planungsgruppe erörterte nächste internationale Projekt der Kernfusion „kann möglicherweise schon ein Demonstrationsreaktor (!) sein“, und aus welchen Gründen geht das BMFT damit von der weltweit bestehenden Auffassung ab, daß erst nach dem Jahr 2000 an Planungen für einen Fusions-Demonstrations-Reaktor DEMO zu denken ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung seit dem 27. Oktober 1988 getan, um die Freilassung der in Afghanistan von der afghanischen Regierung festgehaltenen deutschen Staatsbürger, der Krankenschwester Lea Hackstedt und des Arztes Benno Splieth, zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN)
- Wieviel hätte der Bund bis heute an Mehrzahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung leisten müssen, wenn der Anteil des Bundeszuschusses an den Gesamtleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung von 1957 bis heute gleichgeblieben wäre?
4. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch würde dieser Betrag sein, wenn sich der Bundeszuschuß entsprechend dem Anteil der politisch gewollten Fremdleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung entwickelt hätte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

5. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine „Richtlinie des Rates über die Verwendung von gentechnisch veränderten Mikroorganismen in abgeschlossenen Systemen

und über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt“ [KOM (88) 160 endg. SYN 131 vom 3. Mai 1988]?

6. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die in diesem Richtlinienvorschlag vorgesehenen Regelungen weitreichende, neue rechtsetzende Entscheidungen beinhalten, so daß dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat Gelegenheit gegeben werden sollte, sich vor Verabschiedung der Richtlinie eine eigene Meinung zu bilden, und wird die Bundesregierung entsprechende Beschlüsse vom Deutschen Bundestag und Bundesrat abwarten und in Brüssel vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

7. Abgeordnete
**Frau
Faße**
(SPD)

Hält die Bundesregierung das Anbieten von Arbeitsverhältnissen bei der Deutschen Bundespost mit einer Wochenarbeitszeit von 13 Stunden (Region Rhein/Main) im Schalterdienst unter sozialen Gesichtspunkten für vertretbar?

8. Abgeordnete
**Frau
Faße**
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für verantwortlich, daß die Betroffenen nicht unter den Arbeitslosen-schutz, nicht unter den Rationalisierungsschutz fallen und sie auch keine Ansprüche auf die Zusatzversorgung bei der Deutschen Bundespost haben?

9. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)

Nach welchen Beschaffungsgrundsätzen werden von der Deutschen Bundespost und ihren Tochterunternehmen zur Verwendung im eigenen Betrieb Nebenstellenanlagen erworben?

10. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)

Welches waren die Gründe dafür, daß der Bezug und die Errichtung von Nebenstellenanlagen bei dem Tochterunternehmen DETECON der Deutschen Bundespost in Fremdvergabe erfolgten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

11. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Öffnung der Hochschulen durch ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern im Sinne des sogenannten Öffnungsbeschlusses vom November 1977 zu erhalten?

12. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Inwieweit fühlt sich die Bundesregierung noch dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Sicherung der Ausbildungschancen (Maßnahmen zum „Abbau des Numerus clausus“) vom 4. November 1977 verpflichtet, und wie wertet sie, daß Länderregierungen Überlastmittel für die Hochschulen aufbringen, im Bundeshaushalt jedoch seit Jahren keine Mittel hierfür aufgeführt sind?
13. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Unna)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, über ein entsprechend zu gestaltendes Förderprogramm verstärkt Frauen in den Lehrbetrieb einzubeziehen und damit schnell dieses Potential zum Abbau der Überlast an den Hochschulen zu nutzen?
14. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Unna)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch flankierende Maßnahmen künftig eine Lehrtätigkeit an der Hochschule für mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiv zu gestalten?
15. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen eines Überlastprogramms auch Mittel für Einstellung von mehr Lehrpersonal in den betroffenen Fächern zur Verfügung zu stellen?
16. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Wie sollen die Fachhochschulen in ein Überlastprogramm einbezogen werden?
17. Abgeordnete
**Frau
Dr. Niehuis**
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß bei der Vergabe der Mittel aus einem Überlastprogramm geisteswissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Fächer angemessen und dem Bedarf entsprechend berücksichtigt werden?
18. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Seit wann liegen Untersuchungen und Informationen über die für dieses Wintersemester zu erwartenden Studentenzahlen vor, und was hat die Bundesregierung in Kenntnis dieser Daten unternommen, um eine sich abzeichnende totale Überlastung der Hochschulen zu verhindern?
19. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der hochschulpolitischen Umsetzung von Beschlüssen und Empfehlungen von Westdeutscher Rektorenkonferenz oder Wissenschaftsrat zu der seit Jahren vorhandenen und sich ständig verschärfenden Überlastung der Hochschulen bei?

20. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Zulassungsverfahren in einzelnen Bundesländern, bei denen weibliche Studienbewerber gegenüber jungen Männern, die ihren Zivil- bzw. Wehrdienst abgeleistet haben, benachteiligt werden, und wie will sie eine solche Benachteiligung in Zukunft verhindern?
21. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat angesichts der Überlast an den Hochschulen die strikte Anwendung von § 34 Hochschulrahmengesetz (HRG) und § 13 Vergabeverordnung auf den späteren Frauenanteil im gesamten wissenschaftlichen Bereich, und über welche Maßnahmen kann die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die konsequente Anwendung des § 2 HRG sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß Asylbewerber in der Oberpfalz in menschenunwürdiger Weise in Sammel lagern untergebracht sind und 4 Quadratmeter pro Person als ausreichend gehalten werden?
23. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß in diesen Lagern auch die sanitären Verhältnisse nicht nur unzureichend, sondern menschenunwürdig sind?
24. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Womit ist der im Oktober 1987 gestellte Asylantrag des aus den Vereinigten Staaten von Amerika in die Bundesrepublik Deutschland eingereisten Boleslav Maikowskis begründet worden?
25. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Warum ist der Asylantrag nicht unverzüglich abschlägig beschieden worden?
26. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Trifft es zu, daß der Grenzschutzeinzeldienst des Bundesgrenzschutzes in Flensburg und Gudow unter anderem auf den sogenannten Amtsplätzen des Zolls an den jeweiligen Grenzübergängen nach Dänemark bzw. in die DDR Verkehrsüberwachungsmaßnahmen u. a. mit Kontrollgruppen versieht, ohne daß er dazu eine gesetzliche Ermächtigung hat bzw. im Rahmen des Artikels 35 GG angefordert ist, und wie wird dieser Sachverhalt von der Bundesregierung gesehen und bewertet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der öffentlichen Diskussion um eine Eindämmung der Spielhallenflut die Tatsache, daß Umsätze bzw. Einnahmen von Spielautomaten-Aufstellern praktisch nicht nachprüfbar sind und somit die Gefahr von nicht ordnungsgemäß geleisteten Steuerzahlungen gegeben ist?
28. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, für Spielautomaten entsprechende Zählgeräte nach Art der Registrierkassen gesetzlich vorzuschreiben?
29. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Empfehlung des Bundesrates, die öffentlichen Verkehrsunternehmen von der Mineralölsteuer (Gasöl-Betriebsbeihilfe) zu befreien, um den öffentlichen Personennahverkehr in den Flächenregionen zu stärken?
30. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates, die durch das Haushaltsstrukturgesetz 1975 erfolgte Kürzung von 10 v. H. des für die Gemeindeverkehrsfinanzierung zweckgebundenen Anteils am Mineralölsteueraufkommen rückgängig zu machen und im Rahmen des zu ändernden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes eine Aufstockung des ab 1. Januar 1988 geltenden Plafonds von 2,6 Milliarden DM um den zusätzlich gewonnenen Betrag vorzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

31. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Trifft es zu, daß die EG-Kommission nach Prüfung des Antrags der italienischen Regierung hinsichtlich des Finsider-Konzerns „Anpassungshilfe in Höhe von ungefähr 10 Milliarden DM zu genehmigen“ ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert hat, diesen Antrag zu befürworten?
32. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage, und ist sie bereit, mit der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl sich nachhaltig für die Ablehnung dieses Antrages in der EG-Minierrunde einzusetzen?

33. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) In welchem Umfang haben sich die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland bislang an den finanziellen Lasten der Kohleförderung beteiligt?
34. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Revierländer über die gegebene Situation hinaus, z. B. durch die Abschaffung des Revierausgleichs, mit zusätzlichen Sonderkosten zu belasten?
35. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Wird die Bundesregierung ihre Unterstützung für die Förderung niederflüchtiger Kohle in ihrer bisherigen Form und in gleichem Umfang in Erfüllung des Jahrhundertvertrages und der Kohlevorrangpolitik fortsetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

36. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Ankauf von bundesdeutscher Milch durch holländische Großmolkereien zu überhöhten Preisen, und was gedenkt sie im Interesse der deutschen Molke-
reiwirtschaft dagegen zu tun?
37. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Welche konkreten oder abstrakten Besorgnisse haben den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gallus, dazu bewogen, Anfang Oktober in Bonn für eine Neuauflage der sogenannten Aktion Eichhörnchen einzutreten und den deutschen Haushalten in diesem Zusammenhang detaillierte Empfehlungen für die Haltung von Mindestvorräten wie z. B. ein Kilo Vollkornbrot in Spezialfolie, 1 1/2 Liter H-Milch, 10 Liter Mineralwasser, je 1000 Gramm Fertiggerichte usw. zu geben?
38. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Glaubt die Bundesregierung, daß durch die Anpreisung und Ankurbelung privater Vorratshaltung für etwaige „Katastrophen“ das Vertrauen der bundesdeutschen Bevölkerung in die Sicherheit z. B. der Atomkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlage und die Stabilität der äußeren Sicherheit gestärkt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland den Passus des US-Field Manuals 90-10 „... Aus amerikanischer Sicht ergeben sich Einschränkungen für den europäischen Kriegsschauplatz, da die Befugnisse zum Beispiel in Deutschland ausschließlich bei territorialen deutschen Militärdienststellen oder zivilen Dienststellen liegen. In der Kampfzone liegt selbstverständlich die Gesamtverantwortung sowie die letzte Entscheidungsbefugnis beim örtlichen Truppenführer, was in Ermangelung zuständiger Stellen auch der Wohlfahrt der Zivilbevölkerung zuträglich ist.“, der aussagt, daß mindestens in dem Raum von ca. 15 Kilometern von der Front Hoheitsrechte gegenüber Bundesbürgern von US-Militärdienststellen wahrgenommen werden?
40. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage und mit welchen Zwangsmitteln dürfen die US-Streitkräfte ihre Maßnahmen zur „Wohlfahrt der Zivilbevölkerung“ dann durchsetzen, wenn die betroffenen Bundesbürger ihre Wohlfahrt anders beurteilen und den Gehorsam gegenüber Anordnungen des US-Militärs verweigern?
41. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Entscheidung hat die Bundesregierung zur Verhinderung des Verkaufs von TORNADO-Kampfflugzeugen nach Jordanien seit der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 26. Oktober 1988 getroffen bzw. veranlaßt?
42. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Hat die Bundesregierung an der Aufstellung des auf Atomunfälle bezogenen Dokuments USCINCEUR CONPLAN 4367-87 der US-Streitkräfte in Europa mitgewirkt?
43. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Welche rechtliche Qualität hat das Dokument USCINCEUR CONPLAN 4367-87 auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?
44. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)
- Handelt es sich bei den im amerikanischen Handbuch „USCINCEUR CONPLAN 4367-87 Response to Nuclear Accidents/Incidents within the Theatre“ genannten „disaster response forces“ um eine andere Bezeichnung für die „Nuclear Emergency Search Teams“, und wenn nicht, worin liegt der Unterschied zwischen NEST und „disaster response forces“?

45. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)**
- Ist, und wenn ja, inwieweit, das amerikanische Handbuch „USCINCEUR CONPLAN 4367-87 Response to Nuclear Accidents/Incidents within the Theatre“ durch die von Staatssekretär Ost am 28. Oktober 1988 erwähnte Vereinbarung aus dem Jahre 1976 zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung abgedeckt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

46. Abgeordneter
**Zierer
(CDU/CSU)**
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß die Züge der Deutschen Bundesbahn heute noch immer nicht über ein geschlossenes Toilettensystem verfügen und die „Entsorgung“ wie anno dazumal auf direktem Wege über die Schiene erfolgt, d. h. der Bürger sich an Bahnübergängen und in Bahnhöfen mit den Hinterlassenschaften der Zugreisenden augenscheinlich konfrontiert sieht?
47. Abgeordneter
**Zierer
(CDU/CSU)**
- Ist von seiten der Deutschen Bundesbahn (DB) – auch außerhalb der Einführung von Hochgeschwindigkeitszügen – beabsichtigt, die Züge der DB entsprechend den heutigen technischen Möglichkeiten mit einem solchen geschlossenen Toilettensystem nach- und auszurüsten, um eine zeitgemäße Entsorgung zu ermöglichen, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Planungen?
48. Abgeordneter
**Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)**
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Deutsche Bundesbahn zu einem verbesserten Marketing für das Verbundsystem Fahrrad/Bahn zu veranlassen, und welchen Stand haben Planung und Errichtung der modellhaften Fahrradstation am Hauptbahnhof Bonn erreicht?
49. Abgeordneter
**Duve
(SPD)**
- Treffen Presseinformationen zu, denen zufolge weder für die vierte Elbtunnelröhre noch für die Umgehung Fuhlsbüttel die Finanzierung gesichert und mit einer hundertprozentigen Bundesfinanzierung erst nach dem Jahre 2000 zu rechnen sei (vgl. u. a. Hamburger Morgenpost, 21. Oktober 1988)?
50. Abgeordneter
**Duve
(SPD)**
- Welche Chancen sieht der Bundesminister für Verkehr für die Realisierung der beiden Projekte in den nächsten Jahren, also vor dem Jahr 2000, und wie müßte oder könnte die Beteiligung Hamburgs aussehen?

51. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Welche Hindernisse sieht die Bundesregierung, den rund 40 km langen Wildschutzzaun an der Bundesautobahn Hamburg—Berlin bis an die Grenze zur DDR beidseitig von 120 cm auf 250 cm zu erhöhen, wie es die Fachverbände von Natur- und Umweltschutz sowie des Kraftfahrzeugverkehrs für erforderlich halten, um Mensch und Natur zu schützen?
52. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die unter Rationalisierungs- und Kostengesichtspunkten von der Bundesbahndirektion Nürnberg beschlossene Angliederung des Bahnhofs Gunzenhausen an den Bahnhof Ansbach, und welche Möglichkeiten sieht sie, der mit dieser Neuorganisation der Deutschen Bundesbahn verbundenen Benachteiligung des in der strukturschwachen Region Westmittelfranken gelegenen Mittelzentrums Gunzenhausen entgegenzuwirken?
53. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß mit diesem erneuten Abzug eines öffentlichen Dienstleistungsunternehmens – zuvor die Deutsche Bundespost – die Stadt Gunzenhausen Gefahr läuft, ihre nach dem Landesentwicklungsprogramm wichtigen Aufgaben und Funktionen als Mittelzentrum für das gesamte Umland nicht mehr erfüllen zu können, und was wird sie unternehmen, damit die großen Anstrengungen und Investitionen der Stadt für eine langfristige Strukturverbesserung (Ausbau zum Naherholungsgebiet für die Industrieregion Mittelfranken) wegen mangelhaftem Service und fehlender Präsenz von Bahn und Post nicht unwirksam werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

54. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Regelung zu schaffen, die den alten Zustand vor der Verabschiedung der Novelle der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) wiederherstellt und dadurch die Forschung und Technikentwicklung gentechnischer Produkte bis zur Marktreife ohne Öffentlichkeitsbeteiligung zuzulassen?
55. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung auf der Grundlage der derzeitigen Regelung (Novelle der 4. Verordnung Bundes-Immissionsschutzgesetz seit 1. September 1988) die Nachteile bezüglich der Wettbewerbssituation der chemischen Industrie, bezüglich der Arbeitsplatzsituation und bezüglich zeitlicher Verzögerungen von

bundesdeutscher Forschung und Technik im internationalen Vergleich, und wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß die Forschung auf Grund der jetzigen Regelung aus der Bundesrepublik Deutschland ausgelagert wird?

56. Abgeordneter
Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Wie definiert die Bundesregierung „Entsorgung“ von Atommüll, und stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, „daß Zwischenlagerung von Atommüll keine endgültige Lösung des Atommüll-Problems darstellt, so daß Zwischenlagerung nicht als Entsorgung angesehen werden kann“?

Bonn, den 4. November 1988